

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVI/218

15. November 1971

Im Vordergrund: Steuergerechtigkeit

Breiterer "öffentlicher Korridor" für den
Dienstleistungssektor

Von Helmut Schmidt MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Irreführung aus bewußter Ignoranz

Zur Vor-"Kritik" am Medienpapier zum
SPD-Parteitag

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Präsidiumsmitglied und Bundesgeschäftsführer
der SPD

Seite 3 und 4 / 76 Zeilen

So geht das mit Europa nicht weiter

Sozialisten wollen die stärkere Einschaltung
des Europäischen Parlaments

Von Herbert Kriedemann MdB
Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen
Fraktion des Europäischen Parlaments

Seite 5 und 6 / 86 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 00 37 - 38
Telex: 228 046/886 647/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

In Vordergrund: Steuergerechtigkeit

Breiterer "öffentlicher Korridor" für den Dienstleistungsstaat

Von Helmut Schmidt MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Der Außerordentliche Parteitag der SPD wird sich schwer-
gewichtig mit den Fragen der Steuerreform beschäftigen. Das wird
deutlich an den 765 Anträgen, die sich damit befassen. In allen
Gliederungen der Partei ist auf diesem fachlich-spröden Gebiet
konzentriert gearbeitet worden.

Die Entscheidungen des Parteitages zielen vor allem auf
p o l i t i s c h e Aussagen. Ich will damit sagen, daß als
Aussage der Partei nicht ein technisches Detail einer Bemessungs-
grundlage oder einer Ausführungsbestimmung zum Ehegatten-Splitting
wichtig ist, sondern die fundamentalen Entscheidungen über das,
was unsere Partei als Steuergerechtigkeit definiert und wie sie
die finanzwirtschaftliche Bedeutung der Gemeinschaftsaufgaben
bestimmt.

Wenn wir den ersten Teil dieser Aufgabe als Steuergerech-
tigkeitsreform bezeichnen, so wird der Parteitag die politische
Entscheidung zu treffen haben, was - orientiert am Leistungsver-
mögen des Einzelnen und der Wirtschaft - als g e r e c h t e
Verteilung der Lasten angesehen soll. Dabei ist sicher nicht
nur auf den Spitzensteuersatz als "Petisch" zu starren, sondern
jede nüchterne Beurteilung macht deutlich, daß eine neue Ver-
teilung der Lasten in der direkten Besteuerung bis in den mitt-
leren Bereich gehen muß. Die steuerliche E n t l a s t u n g der
unteren Einkommenschichten kostet sehr viel, eine starke zu-
sätzliche Belastung einiger Spitzeneinkommen bringt dagegen
nicht sehr viel höhere Einnahmen. Es ist nicht einzusehen, daß
die steuerliche Lastenverteilung, wie sie unter den wirtschafts-
politischen Zielsetzungen der Aufbaujahre und später mit immer

nur kleinen Korrekturen zustande kam, als unabänderlich angesehen wird.

Im engen Zusammenhang mit der Steuergerechtigkeit muß auch der "Einstieg" in eine echte vermögenspolitische Lösung gesehen werden. Freilich ist hier ein politischer Zusammenhang; denn eine Umverteilung des neu zuwachsenden Vermögens in Form von produktivem Kapital sollte vor allem über wirkliche Beteiligungen geschehen, die für den Betrieb nicht zu einem Liquiditätsentzug führen. Die vermögenspolitische Zielsetzung kann nicht durch eine zusätzliche Besteuerung erreicht werden, die - durch die Kassen des Staates gelenkt - doch wieder nur zu einer blossen Sparförderung führen könnte.

Bei einem Blick auf die Bedürfnisse der Zukunft wird deutlich, wie stark der Trend zum Dienstleistungsstaat ist. Wer immer bessere und ausgedehnte Leistungen der Gemeinschaft in der Bildungs-, Gesundheits-, der Verkehrs- oder der Städtebaupolitik vom Staat erwartet, der muß auch bereit sein, den Staat finanziell und mit Arbeitskräften stetig steigend stärker auszustatten.

In der Entwicklung des Sozialprodukts und seiner Verwendungsseite zeichnet sich eine Ausweitung des "öffentlichen Korridors" ab, des Bereiches der staatlich beeinflussten Investitionen wie auch der öffentlichen Dienstleistungen, der bei der Verwendung des Sozialproduktes zwischen den Bereichen des privaten Konsums und der privaten Investitionen anläuft. Das bedeutet aber zugleich: Die Rate des privaten Konsums kann nur weniger stark steigen als das Sozialprodukt.

Beide Zielsetzungen, die der Steuergerechtigkeit und die der Bemessung des "öffentlichen Korridors", sind mittel- bis langfristig. Man kann sie nicht mit der Elle tagesbezogener konjunkturpolitischer Erfordernisse messen.

Es ist gut, daß wir auf den Parteitag zu einer Meinungsbildung kommen werden. Die Verwirklichung der neuen Zielsetzungen kann freilich nicht mit einer "Gewaltkur" geschehen, sondern nur Schritt für Schritt. Die politischen Aussagen des Parteitages werden für die Bundestagswahl 1973 von großer Bedeutung sein. Wir alle werden versuchen, für 1973 zusätzliches Vertrauen zu erwerben. Das brauchen wir zur Fortsetzung unserer Regierung' zusätzliches Vertrauen durch die Wähler; unsere Zielsetzungen allein bringen uns noch keine breitere Basis, vielmehr muß unsere Politik - auch unsere Steuer- und Vermögenspolitik - einer steigenden Zahl von Menschen plausibel sein oder plausibel gemacht werden können.

;-/ex. 15. 11. 1971/bgy.

+ +

Irreführung aus bewußter Ignoranz

Zur Vor-"Kritik" am Medienpapier zum SPD-Parteitag

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB

Präsidiumsmitglied und Bundesgeschäftsführer der SPD

Schon vor seinem Beginn hat der Außerordentliche Parteitag der SPD eine ungewöhnliche Publizität gefunden. Durchweg sachlich gehaltene, wenn auch keineswegs unkritische Vorberichte haben eine breite Öffentlichkeit mit der Thematik und auch mit der evtl. Problematik der Beratungen vertraut gemacht. Das ist gut so, und dafür sind wir dankbar.

Daneben gibt es allerdings auch Unterstellungen und Fehlinterpretationen, mit denen sozialdemokratische Zielvorstellungen und Konzeptionen ins Zwielficht gebracht werden sollen. Dies trifft in einem besonderen Maße für den Bereich Massenmedien zu. Hier haben sich Oppositionspolitiker von München bis Kiel erneut mit gewissen Presseorganen zu dem vorwiegend unredlichen Bemühen zusammengetan, Mißtrauen gegen die Medienpolitik der Sozialdemokraten und der von ihr geführten Bundesregierung zu säen. Unter Heranziehung weniger, zum Teil von kleineren Ortsvereinen kommender Anträge, aber auch mit böswilliger Auslegung des vom Parteivorstand eingebrachten Medienpapiers soll der Eindruck erweckt werden, als wolle die SPD die Presse ans staatliche Gängelband legen. Dieser Popanz wird unter Verzicht auf korrekte Sachinformation mit Polozik und Falschmünzerei aufgebaut. Es ist interessant, daß die Veranstalter dieser Kampagne bisher noch keinen Vertreter eines Berufsverbandes der Journalisten als "Kronzeugen" zitieren konnten.

Die Durchsichtigkeit des Manövers, einen Keil zwischen Journalisten und SPD zu treiben, läßt sich leicht konkret belegen. Zu den wesentlichen "Angriffsflächen", die man aus den Anträgen zum Parteitag herauskonstruiert hat, ist folgendes festzustellen:

1/ Die im Antrag des Parteivorstandes vorgeschlagene Kommission für das Kommunikationswesen soll aus unabhängigen Persön-

lichkeiten zusammengesetzt sein. Dieses Gremium hätte u.a. an der Festsetzung der Funk- und Fernsehgebühren und an der Beurteilung sinnvoller staatlicher Förderungsmaßnahmen im Zeitungsbereich mitzuwirken. Das würde zweifellos eine schon wiederholt geforderte "Entpolitisierung" und Objektivierung von Entscheidungen für den Medienbereich bedeuten.

2/ Die sehr vordergründige Kritik an den vorgeschlagenen Landespresseausschüssen läßt ebenfalls die geplante Zusammensetzung aus gewählten Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen außer acht. Es ist angesichts dieser Tatsache nachgerade schleierhaft, wie von Partei-Proporz oder staatlicher Aufsicht fabuliert werden kann. Diese Ausschüsse sollen vielmehr durch ihre moralische Autorität die Informationsfreiheit des Bürgers ohne staatliche Eingriffe auch in solchen Gebieten sichern helfen, in denen es nur noch eine Regional- oder Lokalzeitung gibt.

3/ Die Forderung nach einer stärkeren institutionellen Sicherung der journalistischen Unabhängigkeit ist mit einer klaren Präferenz für tarifvertragliche gegenüber gesetzlichen Regelungen gekoppelt. Dies ist ein weiterer Beweis für die nektlose Fortführung der sozialdemokratischen Tradition, im Bereich der Publizistik so wenig Staat wie möglich wirksam werden zu lassen.

4/ Die aus über hundert Anträgen selektierten Einzelinitiativen unter den Stichworten Entflechtung, Auflagenbegrenzung, Anzeigensteuer und Öffentlich-rechtliche Vertriebsorganisation wurden von der Antragskommission, in der sämtliche SPD-Bezirke Sitz und Stimme hatten, einhellig zur Ablehnung durch den Parteitag empfohlen. Wenn trotzdem von politischen und publizistischen Gegnern der SPD so getan wird, als stünden solche Maßnahmen vor der Tür, dann kann man doch wohl nur von bewusster Irreführung der Öffentlichkeit reden.

Die sozialdemokratische Position in Sachen "Presse und Staat" ist im übrigen in der Vorlage des Parteivorstandes eindeutig formuliert. Dort heißt es: "Keine staatliche Institution hat darüber zu befinden, was gute oder schlechte Presse ist und ob die jeweilige Zeitung eine 'öffentliche Aufgabe' erfüllt oder nicht." Diesen wichtigen Satz haben die sonst so gründlich ins Detail gehenden "Analytiker" der Anträge zum Parteitag allerdings geflissentlich überlesen.

(-/ex/15.11.1971/bgy)

+ + +

So geht das mit Europa nicht weiter

Sozialisten wollen die stärkere Einschaltung des Europäischen Parlaments

Von Herbert Kriedemann MdB

Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen
Fraktion des Europäischen Parlaments

Die Sorge der europäischen Sozialisten um die trotz aller Routineaktivitäten unverändert schwere Krise der europäischen Integration war Gegenstand der Verhandlungen und Beschlüsse auf dem Kongreß der sozialistischen Parteien Europas im Juni dieses Jahres gewesen. Sie hat auch die Sitzung der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlamentes am 9. und 10. November in Bonn geprägt. Das offensichtliche Unvermögen des Rates der Europäischen Gemeinschaft (EG) bzw. der Mitgliedsregierungen, die notwendigen Entscheidungen zur Bewältigung der Krise im Weltwährungssystem zu treffen, und die stets größer werdende Gefahr für den Welthandel, die ihre Ursache vor allem in den tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der EWG und den USA hat, darf durch noch so viele optimistische Meldungen über Ministerkonferenzen und dergleichen nicht länger hingegenommen werden. Deshalb werden die Sozialisten dem Parlament umgehend eine Reihe von Vorschlägen machen, welche die Demokratisierung des europäischen Einigungswerkes zum Ziel haben.

Niemand denkt daran, irgendeiner der im Rat versammelten Regierungen der Mitgliedsländer einen Vorwurf zu machen, der nicht alle trifft. Es ist aber offensichtlich so, daß die Regierungen sich allzuhäufig gegenseitig blockieren, und daß der unkontrollierbare Einfluß der nationalen Bürokratie sich verheerend auf die Aktivität der Kommission der EG auswirkt. Für niemanden ist es bequemer, das zu konstatieren, aber kein Politiker, die wie zum Beispiel die Mitglieder des Europäischen Parlamentes in der täglichen Kleinarbeit stehen, kann es vor den Wählern verantworten, die entscheidenden Probleme zu verschleiern. Der Kredit, den der europäische Einigungsgedanke in den breiten Schichten der Bürger und insbesondere bei den Jungen gehabt hat, ist ohnehin schon erheblich aufgebraucht worden. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Enttäuschten die Ursache für ihre Enttäuschung an der falschen Stelle oder in der falschen Richtung suchen würden.

Um den Staatsbürgern die Möglichkeit zu geben, besser zu erkennen, wo die Schwierigkeiten und die Widerstände auf dem Wege zu einem Europa, das mit einer Stimme spricht, liegen, wollen die Sozialisten das Europäische Parlament viel stärker beteiligt sehen als es bis jetzt der Fall ist. Es ist schließlich das einzige Organ der Gemeinschaft, das öffentlich tagt und dem Staatsbürger für sein eigenes Urteil mehr Argumente anbieten kann als er sie aus den diplomatisch-somatischen Communiqués über Regierungskonferenzen

findet. Die Sozialisten tragen dabei auch der Erfahrung Rechnung, daß noch so wichtige Gipfelkonferenz-Beschlüsse allzuoft ohne Wirkung bleiben, wenn sie in den Monaten danach von den hohen Beamten der nationalen Ressorts in Texte umgesetzt werden die schließlich Gegenstand des schwerfälligen Beschlußverfahrens im Rat der Gemeinschaft sind. Wer sich über diese Prozedur nicht selber etwas vormachen will, braucht nur einmal das für die Gemeinschaft lebenswichtige Thema der Wirtschaftsgemeinschaft und Währungsunion von Anfang bis Ende zu verfolgen.

So geht das also nicht weiter. Deshalb verlangt die sozialistische Fraktion sofortige Einschaltung des Europäischen Parlamentes in den Entscheidungsprozeß der Gemeinschaften. Schließlich werden Jahr für Jahr mehr Milliarden an Steuergeldern ohne jede parlamentarische Kontrolle ausgegeben. Die Zugeständnisse, die im Rahmen des EWG-Haushaltes dem Parlament nach langem Kampf in dieser Hinsicht gemacht worden sind, haben eher die Bedeutung einer Geste als die eines ersten Schrittes. Dieser Zustand müßte allmählich allen Demokraten und nicht nur den Mitgliedern des Europäischen Parlamentes höchst peinlich geworden sein.

Die Sozialisten wollen auch, daß das Europäische Parlament maßgeblich an der Ausarbeitung der Änderungen und der Erweiterung des Vertrages über die EWG beteiligt wird. Das eine und andere wird - soweit es nicht durch die natürliche Entwicklung überfällig ist - durch die Erweiterung der Gemeinschaft notwendig. Dabei sind sich die Sozialisten durchaus der Verantwortung bewußt, die sie damit dem Parlament und sich selber auferlegen. Wir kommen aber mit Europa keinen entscheidenden Schritt weiter, wenn immer nur das beschlossen wird, was die Mitgliedsregierungen sich gegenseitig abhandeln, nicht aber das, was um der Gemeinschaft willen notwendig ist und deshalb von jedem einzelnen hingenommen werden muß.

Mit diesen Forderungen, die sich an den Rat und an die nächste Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs richten, wollen die Sozialisten auch dem Spielchen ein Ende machen. In dem einerseits gesagt wird, daß man dem Parlament - leider! - nicht mehr Zuständigkeiten geben könne, weil es ja - leider! - noch nicht direkt gewählt worden ist, und in dem andererseits seit Jahr und Tag alles unterlassen wird, was nach den Bestimmungen des Vertrages zur Direktwahl seitens der Mitgliedsländer getan werden muß. Das Europäische Parlament ist schließlich kein privater Verein. Es beruht auf klaren Bestimmungen des Vertrages und auf Beschlüssen der nationalen Parlamente. Seine Mitglieder sind alle nach den Regeln der parlamentarischen Demokratie direkt und geheim gewählt. Deshalb sind die Forderungen der Sozialisten, für die sie eine breite Mehrheit im Europäischen Parlament wie in den nationalen Parlamenten erwarten, sachlich und politisch vollauf begründet.

(-/ex/15, 11, 1971/ks)